

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **24 (1944-1945)**

Heft 4

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RUNDSCHAU

Verantwortlich für die „Rundschau“: Dr. W. Stocker

LITERATUR

Ludwig Hohl: *Die Notizen oder Von der unvoreiligen Versöhnung*. 477 S. Geb. Fr. 17.50. Artemis-Verlag, Zürich.

«Mehr und mehr habe ich mich überzeugen müssen, daß die Bedeutung eines Schriftstellers proportional ist seiner Fähigkeit, sich über die Leser hinwegzusetzen; bei einer löwenmäßigen Sicherheit — denn ohne das Soziale geht es nicht —, doch einen Leser zu haben, und einen wunderbaren.»

Ein schwieriges, ein unbequemes Buch? Gewiß. Und trotzdem, nein, gerade darum ist ihm nicht nur *ein* Leser zu wünschen. Schlimm stände es um die schweizerischen Leser, um unsere Kultur, um unser Verantwortungsbewußtsein gegenüber Geist und Sprache, wenn nicht doch noch mancher sich fände, der dieses Werk zu lesen und wieder zu lesen, zu studieren, sich mit ihm auseinanderzusetzen für *notwendig* hielte. Denn es stehen Sätze und Kapitel darin, die — und was kann man von einem Buche besseres sagen? — *fällig* waren. Gedanken, die manch einer mit sich herumträgt, die aber auszusprechen einer den Mut und die Form finden mußte. Sätze auch, die zu scharfem Widerspruch reizen, wieder andere, die dem denkenden Leser sich unverlierbar einprägen, ihn auf Weg und Steg begleiten, ihn zwingen zum Nach- und Weiterdenken. — Den Sozialisten geht vor allem der Abschnitt an: «Vom Erreichbaren und vom Unerreichbaren», das gewichtigste Kapitel des ganzen Buches. Wer die konzentrierte und kondensierte, gemeißelte Sprache Ludwig Hohls zu lesen versteht, der findet hier Grundgedanken zu einer großartigen sozialistischen Ethik. «Vollkommener Sozialismus und Geist sind einer nur das Surrogat des andern; das heißt, vollkommener Sozialismus ersetzt den Geist und wirklicher Geist den Sozialismus» — das ist das Leitmotiv der Gedankenreihe. Ein anderer Aphorismus lautet: «Die Menge denkt wenig. Darum eben sollten die Denkenden sie führen,

nicht die Ausnützenden.» Ein weiterer: «Das Leben sagt nie: ‚Ich werde‘ sondern immer *Ich bin*. — Und dann der Arbeiter, der jämmerlich hinkreierende? Oder vielleicht die Arbeiter? Sind auch. Und eben ist ihr Bewußtsein zu wecken dessen, was sie wirklich sind. Und sie werden auch sagen: ‚Ich bin! — und weil ich bin, sollst auch du sein‘, nämlich eine geänderte Bedingung.» Doch genug der Zitate! Sie könnten, auch verzehnfacht, Eigenart und Gedankenreichtum dieses Werkes kaum andeuten. Der furchtlose Verfasser und der mutige Verlag — sie mögen ihre *tapfern* Leser finden!

Walter Bringolf: *Die Schweiz und die Sowjetunion. Zur Krise unserer Außenpolitik*. Herausgegeben von der Sozialdemokrat. Partei der Schweiz. 23 S. 30 Rp.

Die außenpolitische Situation der Schweiz ist seit der unerwarteten Ablehnung der Sowjetregierung in eine offene Krise getreten. Es stellt sich die Frage: Wie konnte es dahin kommen? Wer sich über die Tagesfragen hinaus grundsätzlich orientieren will, wird das Bedürfnis verspüren, die Geschichte der Beziehungen Schweiz/Sowjetunion der letzten zwanzig Jahre Revue passieren zu lassen. Walter Bringolf gibt in seiner im richtigen Moment erschienenen Broschüre eine nüchterne Schilderung der Fakten, verbunden mit einer Fülle von Details, die wohl den meisten unbekannt sein werden, die sich nicht besonders mit außenpolitischen Fragen beschäftigen. Daß die Schlußfolgerungen in sozialistischem Geist gezogen werden, braucht man bei der Person des Verfassers nicht erst zu betonen. Wir empfehlen die Schrift jedem Sozialisten, der die Tatsachen klar sehen will, eindringlich zur Lektüre.

*Drei Bücher
aus dem Gegenwartsgeschehen*

Wie zu erwarten war, werden jetzt, da Krieg, Fremdbesetzung

und Terror sich dem Ende zuneigen, diejenigen Bücher geschrieben, die sich rein tatsachenmäßig mit dem Erlebten auseinandersetzen. Die meisten von ihnen werden wohl kein langes literarisches Leben haben. Das ist auch gar nicht nötig. Sie erfüllen ihre Aufgabe, die darin besteht, dem Alpdruck der weichenden Macht Worte zu verleihen, zu sagen, *wie es war*. Wir greifen drei von ihnen, sehr verschiedenen Wertes, in kurzen Hinweisen heraus.

***, *Maquis*. Tatsachenroman aus der Provence und Savoyen. 268 S. Fr. 9.50. Falken-Verlag Zürich.

Eine Schilderung vom Maquis und seinem unerbittlichen Kampf im Süden Frankreichs und in Savoyen. Ein etwas primitiv zusammengezimmelter Bericht, der aber von seinem unerhörten Geschehen her Farbe und Spannung empfängt. Die Geschichte von den Zigeunern, die wie jedes Jahr in Saintes-Maries an der Rhonemündung ihr großes Fest feiern und nächtlings von der SS. überfallen, ermordet, in Lager abgeführt oder sonst «liquidiert» werden, wird man nicht so schnell vergessen, und auch nicht die Gestalt des alten Lou Marques, des ungekrönten Königs der provenzalischen Stierzüchter, der mit den jungen Leuten vom Maquis zusammenarbeitet.

Pietro Terra, *Die ersten, die es wagten*. 322 S. Geb. Fr. 10.80. Pan-Verlag, Zürich.

Die ersten, die es wagten — nämlich den Faschisten die Stirne zu bieten —, das sind einige Antifaschisten, die auf einem Berg in der Toscana ihren Schlupfwinkel haben, Soldaten, Offiziere und Zivilisten, auch eine Frau ist darunter. Nach der Landung der Alliierten in Pantelleria halten sie die Zeit für gekommen, der faschistischen Gewaltherrschaft die Stirne zu bieten. Sie kämpfen und schlagen die sie angreifenden Faschisten zurück. Nachher kommt die Verbrüderung mit den italienischen Soldaten, die gegen sie eingesetzt werden, und der Endkampf mit den SS-Truppen. Die ersten, die es wagten, sind auch die ersten, die fallen. — Der Verfasser hat dem Buch als Motto vorangesetzt: «Habt Mitleid mit Italien!» und darunter vermerkt: «Was ich hier erzähle, hat sich ereignet; nur die Na-

men habe ich geändert.» — Es ist die erste Schilderung dieser Art, die wir aus Italien bekommen. Sie gibt noch keinen wicklichen Begriff vom großen Freiheitskampf, der tief geheim dort vor sich ging — aber sie zeigt doch einen Ausschnitt.

Ilja Ehrenburg, *Der Fall von Paris*. 591 S. Geb. Fr. 14.80. Steinberg-Verlag Zürich.

Das ist nicht irgendein interessanter Bericht, nicht irgendeine Reportage. Der Russe Ilja Ehrenburg ist ein großer Schriftsteller und hat sich als Berichterstatter während des Krieges auch als großer Journalist erwiesen. Sein Roman, dem das kämpfende Rußland die höchste literarische Ehrung, den Stalinpreis für Literatur, zuerkannt hat, ist ein Kunstwerk, mit der Meisterschaft französischer Impressionisten komponiert. Ein tragischer Abschnitt französischer Geschichte hat in Ilja Ehrenburg den unsentimentalen Epiker gefunden. Wie oft bei Ehrenburg, besteht sein Roman eigentlich aus hundert Romanen, hundert Geschichten, aus einer ganzen Galerie von Bildern, die mit feinstem Pinsel gemalt sind. Der tragischsten Epoche der Stadt Paris und Frankreichs ist hier ein erschütterndes Denkmal gesetzt worden. — Wir werden auf dieses Buch nochmals zurückkommen. ah.

Fritz Marbach, *Vollbeschäftigung, der andere Weg*. 74 S., brosch. Fr. 3.20. Verlag Francke, Bern, 1943.

Der eine Weg zur Vollbeschäftigung führt bekanntlich über den totalen Staat. Er hat auch in seiner annehmbarsten Form so schwerwiegende Nachteile, daß es wohl die Mühe lohnt, nach einem «andern Weg» zu suchen. Professor Marbach findet ihn, indem er von der bekannten Tatsache ausgeht, daß in der Wirtschaftskrise ein «Mangel an Kaufmitteln am rechten Ort» offenbar wird. Um sie zu überwinden, «braucht der Staat theoretisch den Bürgern nur mehr Geld in die Hand zu drücken», schreibt die englische Zeitung «Economist», die Marbach zustimmend zitiert. Die Sache ist also im Grunde verblüffend einfach. Marbach ergänzt jene These zwar noch durch zwei Bedingungen: erstens muß es sich natürlich um Bürger handeln, die das Geld wirklich ausgeben und nicht auf die Bank tragen oder in den Strumpf stecken. Zweitens kann diese Politik

nicht von einem Land allein durchgeführt werden, sondern es bedarf dazu «eines ständigen internationalen Gremiums zur Lenkung und Synchronisierung der Kaufkraftbewirtschaftung der einzelnen Länder».

Unter diesen beiden Vorbedingungen braucht es nach Marbach tatsächlich nichts weiter als eine richtig dosierte Geldschöpfung durch den Staat, um die Wirtschaft in dauernder Vollbeschäftigung zu erhalten. Er räumt zwar ein, daß es noch einiger Prüfung und Ueberlegung bedarf, «wie die Ansetzung der national zu schaffenden und international gelenkten Konsumkraft am vorteilhaftesten erfolgen soll» — und was der Detailfragen mehr sind. Aber Marbach will nur den Grundsatz festlegen, und der besteht in nichts anderem als dem oben Dargelegten.

Wenn es sich wirklich nur um den «nackten Grundsatz» handelt, dann ist das Büchlein durchaus überflüssig. Denn dieser Grundsatz ist schon vor Jahren klar und deutlich ausgesprochen worden. Allerdings wurde er dann in einen größeren Zusammenhang hineingestellt und entsprechend durch zum Teil weitergehende andere Grundsätze und Maßnahmen ergänzt. Marbach scheint hingegen die staatlich geschöpfte Konsumkraft ganz einseitig in den Vordergrund stellen zu wollen und sich davon allein schon die Vollbeschäftigung zu versprechen. Die Krisenbekämpfung wird damit auf einen Geldkniff reduziert, der an Simplität noch das Freigeld übertrifft, aber wie dieses zu schön ist, um wahr zu sein.

Es ist nämlich etwas anderes, eine bereits vollzogene Wirtschaftsschrumpfung zu überwinden oder eine drohende Krise abzuwehren. In der Depression unten liegen massenhaft Wirtschaftskräfte brach, und die Anregung des Konsums durch die Kaufkraftschaffung kann tatsächlich Wunder wirken. Allerdings auch hier mit allerhand sichernden Nebenmaßnahmen wie Preiskontrolle usw. Ganz anders kurz vor der Krise, da die Wirtschaftskräfte im großen ganzen noch aufs äußerste angespannt sind und die Wirtschaft sich gewöhnlich in einem wahren Produktionstaumel befindet. Es handelt sich hier nicht um eine bloße Kaufkraftfrage, sondern um eine falsch gelenkte Produktion: die Industrie der Produktionsmittel ist im Gegensatz zu derjenigen der Konsummittel viel zu stark ausgebaut, gerade-

zu aufgebläht worden. Um dieses Mißverhältnis aufzuheben, wird es in den allerseltensten Fällen genügen, gemäß Marbachs Grundsatz einfach der Konsumsphäre mehr Kaufkraft zuzuführen. Eine staatliche Geldschöpfung wäre in diesem Stadium gar nicht so harmlos, wie es Marbach hinstellt. Sie würde wohl zur Folge haben, daß die Produktionsmittelindustrie noch weiter aufgebläht, der Spekulationstaumel weiter gesteigert würde. Damit wäre die Krise wohl um einiges hinausgeschoben, aber der Zusammenbruch käme nachher nur um so schärfer. Und die neuen Geldmittel kämen zu den nicht stillgelegten Krediten der Unternehmer hinzu, was eine Inflation hier bedeutend näher bringt, als es Marbach wahrhaben will.

Wir glauben daher nicht, daß Marbachs «anderer Weg» zum Ziele führt, obschon wir ebenso überzeugt sind, daß zur Vollbeschäftigung kein totaler Staat nötig ist. Ob es jedoch ohne empfindliche Einbrüche in die bürgerliche Eigentumsordnung abgeht, das müssen wir allerdings, offenbar im Gegensatz zu Professor Marbach, sehr bezweifeln. est.

ARBEITER- BEWEGUNG

Ein politisch außerordentlich bewegter November liegt hinter uns. Zu Monatsbeginn der Prankenhieb des russischen Bären gegen die schweizerische Außenpolitik: Die Sowjetunion lehnt das schweizerische Ansuchen um Normalisierung der gegenseitigen diplomatischen Beziehungen ab. Die SPS hat anläßlich der Vorsprache einer Delegation der Geschäftsleitung beim Bundesrat am 8. November, ferner mit einem Manifest vom 10. November und mit der Stellungnahme des Parteivorstandes vom 11. November ihrer Auffassung scharf und klar Ausdruck gegeben: *Kein Handeln unter fremdem Druck und nach ausländischen Direktiven; aber auch keine falsche, innerlich unwahre und den eigenen Landesinteressen widersprechende Solidarität mit der Außenpolitik des Herrn Pilet-Golaz und seines Diplomatenkorps.* Diese Außenpolitik wird von der Sozialdemokratie nicht erst heute, sondern seit Jahren schon als unzulänglich betrachtet und bekämpft. Die Krise der schweizerischen Außenpolitik ist mit diesem ekla-

tanten Mißerfolg gegenüber Sowjetrußland nur manifest geworden — latent vorhanden war sie schon lange. Am 11. November wurde bekannt, daß Bundesrat Pilet bereits am 7. des Monats mit seinem *Rücktritt* die sich aufdrängenden *persönlichen* Konsequenzen gezogen hatte. Daß damit allein die *sachlichen* Probleme nicht gelöst sind, mußte um so nachdrücklicher von der Arbeiterschaft festgestellt werden, als Bundespräsident Stampfli am freisinnigen Parteitag glaubte erklären zu müssen: «Die Linie unserer auswärtigen Politik wird nach diesem Austritt keine Aenderung erfahren!» — Die *Arbeiterschaft* fordert im Interesse des Landes und des werktätigen Volkes mit aller Entschiedenheit eine Aenderung der bisherigen Linie, oder noch deutlicher gesagt: sie fordert, daß endlich eine gerade, saubere Linie der korrekten Beziehungen zu allen Staaten, der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit allen Demokratien gezogen und eingehalten werde, an Stelle einer Politik der Improvisationen, des Zickzacks und der Unzulänglichkeiten. Sie verlangt auch, daß die Nachfolge von Herrn Pilet nicht einem Manne übertragen werde, der, wie der vom Bürgertum bereits designierte Außenminister Ed. von Steiger, schon durch innenpolitische Erfahrungen, die mit gewissen außenpolitischen Fragen eng zusammenhängen, belastet ist. Diese Forderungen der Arbeiterschaft kamen zum Ausdruck nicht nur in den erwähnten Kundgebungen der Parteileitung, sondern auch in Riesendemonstrationen, die in den größten Städten von der Sozialdemokratie wie von Gewerkschaften durchgeführt worden sind. Der Kampf um die umstrittene Person des gewesenen Außenministers ist zu Ende. Der Kampf um die Sache einer *bessern Außenpolitik* geht weiter.

*

In drei Kantonen — Schaffhausen, Baselland und Zug — haben im November lebhaftere *Wahlkämpfe* sich abgespielt. Ihr Ergebnis ist für die Arbeiterbewegung im allgemeinen hochehrfroh und in einzelnen Erscheinungen sehr lehrreich.

Schaffhausen stand im Zeichen der Gesamterneuerungswahlen, die den Bürger an einer ganzen Reihe von Sonntagen an die Urne riefen. Die politischen Hauptereignisse, Kantonsratswahl sowie Bestellung

der Gemeindebehörden in den beiden größten Orten Schaffhausen und Neuhausen, liegen hinter uns. Sie dokumentieren, ebenso wie die Ergebnisse von Stein a. Rh. und andern Gemeinden, einen eindeutigen Sieg der Sozialistischen Arbeiterpartei. Im Kantonsrat, der nunmehr 80 Sitze aufweist, steigt die Zahl der sozialdemokratischen Mandate von 21 auf 31. Die Stadt Schaffhausen, bisher mit 13 Genossen im Kantonsrat vertreten, stellt jetzt deren 20, gegenüber 11 Bürgerlichen (bisher 17!). Neuhausen erhält 7 SP-Mandate gegenüber 4 bürgerlichen. Hier wurde auch in prachtvoller, trotz einer Gegenkandidatur der «Partei der Arbeit» praktisch *geschlossenem* Kampf der Arbeiterschaft das *Gemeindepräsidium* erobert: Genosse Ernst Illi wurde mit 1060 Stimmen gewählt; der bürgerliche Anwärter erhielt 795 Stimmen, der Demonstrationskandidat der PdA — 91 Stimmen. Daß es sich dabei nicht um eine nur persönlich bedingte Einzelercheinung handelt, sondern um den Aufschwung der Neuhauser Arbeiterbewegung, bewiesen am folgenden Sonntag die Wahlen zum Einwohnergemeinderat (Gemeindeparlament): Bisher standen sich 11 Bürgerliche und 7 Sozialisten gegenüber — jetzt sind es 11 Sozialdemokraten und 8 Bürgerliche: Das rote Neuhausen ist auf solider Grundlage konstituiert. — In Schaffhausen wurde Genosse Bringolf als Stadtpräsident bei einer Stimmbeteiligung von 84 Prozent mit einer Rekordzahl von 4200 Stimmen glänzend im Amte bestätigt: ein Vertrauensvotum des arbeitenden Volkes, wie es noch kein Schaffhauser Stadtpräsident je erhalten hat — und zugleich die *Antwort* des werktätigen Volkes an die Leute von der PdA, die noch am Vorabend, anläßlich der Revolutionsfeier in Zürich, Bringolf als «vertrauensunwürdig» angeödet hatten. Die sozialistische Arbeiterschaft blickt mit Vertrauen und Stolz auf die Schaffhauser Partei und ihre Vertrauensleute, überzeugt, daß die Schaffhauser Genossen auch weiterhin die Geschlossenheit und Kraft der Organisation wahren und dadurch weitere Siege erringen werden. Soeben wird, während der Drucklegung dieser Zeilen, das Ergebnis der Wahlen zum *Großen Stadtrat von Schaffhausen* bekannt. Der Ausgang dieses wiederum heißen Wahlkampfes vom 26. November bestätigt mit Nachdruck den seit den

Kantonsratswahlen vom 5. November manifestierten Ruck nach links. *Sämtliche* von der SP aufgestellten Kandidaten sind gewählt, und die Schaffhauser Arbeiter haben damit die *rote Mehrheit im Gemeindeparlament* erobert. Hier die Mandatzahlen: Freisinnige 10 (bisher 14); Katholische Volkspartei: 3 (6); Bauernpartei 3 (3); Evangelische Volkspartei: 3 (4); Jungliberale: 1 (2); Freiwirtschaftler: 1 (1); *Sozialdemokraten*: 29 (20).

Also an Stelle der bisherigen sozialistischen Minderheit von 20 Genossen gegenüber 30 Bürgerlichen — jetzt eine rote Mehrheit von 29 zu 21. Wir entbieten den Schaffhauser Genossen auch an dieser Stelle den herzlichen Glückwunsch der schweizerischen Sozialdemokratie und den Dank der gesamten Arbeiterbewegung für diese Demonstration dessen, was der einheitliche, geschlossene Kampf der sozialistischen Arbeiter heute zu erreichen vermag.

Im Kanton Zug waren die Wahlen ins *Kantonsgericht* leidenschaftlich umstritten. Wer die Verhältnisse im Zugerland kennt, der weiß, daß aus mancherlei Gründen dort die Sozialdemokratie einer mehrheitlich katholischkonservativen minderheitlich freisinnigen Reaktion gegenübersteht, die über mächtige, finanzielle und «geistige» Kampf- und Druckmittel verfügt. Unsere Partei hat dem nur die Propaganda ihres guten, sozialen Rechts, den *offenen* Kampf und den Appell an Vernunft und Einsicht des Arbeiters entgegenzusetzen. Die Richterwahlen haben den schon im Herbst 1943 nachdrücklich erbrachten Beweis bestätigt, daß auch in Zug das werktätige Volk sich nicht ewig bevormunden läßt. Die SP hat 1317 Stimmen für ihre Kandidaten verbucht und damit gegenüber den Wahlen von 1940 nicht weniger als 421 Stimmen oder rund 50 Prozent gewonnen. Ihre Vertreter sind *gewählt*, einer als Richter, einer als Ersatzmann. Der Freisinn verliert ein Richtermandat, die Katholischkonservativen einen Ersatzmann. Der geschlossene, einmütige Kampf hat damit im Zentrum der Reaktion zum Erfolg geführt: das ist das symbolische, über die Zuger Grenzen hinaus bedeutsame Ergebnis dieser Richterwahlen.

Besonders lehrreich ist das Resultat der Gemeinderatswahlen (Exekutive) im *Kanton Baselland*. Die Sozialdemokratie

hat in den meisten Gemeinden ihre Stimmenzahl gesteigert und die Mandate gehalten oder vermehrt. In der Hauptstadt Liestal und in sechs weiteren großen Gemeinden wurde je ein neuer Sitz errungen, wobei in Pratteln mit dem vierten Mandat die Mehrheit an die SP fiel. Verluste von je einem Mandat erlitt die Partei in vier Gemeinden. In einigen Orten hatte man geglaubt, auf die Anträge der Zusammenarbeit mit der neuen «Partei der Arbeit» eintreten zu sollen. Wie ist dieses Experiment ausgegangen? Die Arbeiterschaft hat *nirgends* ihre Position dank dieser Zusammenarbeit zu stärken vermocht. Wo die Werkstätigen *geschlossen*, innerlich und organisatorisch einig in den Kampf zogen, vermochten sie Fortschritte zu erzielen. Wo die Allianz mit der PdA sich auswirkte — z. B. so, daß auf der Vorderseite eines PdA-Flugblattes die SP-Kandidaten empfohlen, auf der Rückseite gegen die «Arbeiterzeitung» polemisiert wurde! — war der «Erfolg» fragwürdig, wenn nicht direkt negativ. Fragwürdig in Muttenz und Birsfelden: Von den bisherigen SP-Mandaten fällt je eines an die PdA, das Bürgertum behält seine Vertretung. Die Position der Linken ist also insofern *schwächer*, als sie nun intern gespalten ist. Eindeutig negativ in Reinach und Oberwil: Je ein sozialistisches Mandat geht an *bürgerliche* Parteien verloren. «Die Partei der Arbeit hat das erreicht, was wir voraussahen», stellt ein Bericht aus Oberwil fest, — «Vorspanndienste für die Bürgerlichen.» Und die Genossen aus Reinach konstatieren: «Dank der Liste der Arbeit errangen die Katholiken die Mehrheit im Gemeinderat und die SP verlor eines ihrer bisherigen Mandate.» Registrieren wir für heute diese Ergebnisse und Lehren. Und wiederholen wir, für alle jene, die es immer noch nicht gelernt haben, die aktuelle Anweisung Herman Greulichs: «Arbeiter, lies und denke!»

KRIEGSTAGEBUCH

16. Oktober bis 15. November

Die Berichtsperiode stand im Zeichen deutscher Hartnäckigkeit. Lange Wochen hindurch mochte es scheinen, als würde die Westfront in einem rauhen Frühwinter zum Stellungskrieg erstarren. Die Alliierten waren sichtlich bemüht, vor

Beginn größerer Operationen die Schwierigkeiten des Nachschubs zu meistern. So galt das bedeutendste Unternehmen der Säuberung der Insel Walcheren und damit der Sicherung des Hafens von Antwerpen. Es gelang den Deutschen, in letzter Stunde den Rückzug anzutreten und erhebliche Teile ihrer Divisionen nach Osten in Sicherheit und in die Flanke des Keiles zu bringen, den die britischen Armeen über die Maas vorgezogen hatten. Gegen diesen Keil richteten sich erbitterte deutsche Gegenangriffe, die jedoch schließlich abgewiesen werden konnten. Die letzten Tage haben eindeutig bewiesen, daß es sich bei den zahllosen und heftigen Teilkämpfen, die vom Oktober bis gegen Mitte November immer wieder aufflammten, um die Gewinnung günstiger Ausgangsstellungen für eine Großoffensive handelte, deren Beginn sich seit dem 10. November deutlich ankündigte und heute nach teilweiser Umgehung Belforts durch die Franzosen, die Einkreisung von Metz und Thionville durch die Amerikaner auf der ganzen Linie zur Tatsache geworden ist. Gleichzeitig hat der Luftkrieg gegen die in der Angriffslinie liegenden deutschen Gebiete, nur selten gehemmt durch die frühen Winterstürme, eine Intensität erreicht, die sich auf die Dauer für den deutschen Nachschub und damit für die deutsche Verteidigung der Rheinlinie zur Katastrophe auswachsen muß.

In Italien hat sich seit Anfang November die 8. Armee über das lang umstrittene Forlì hinaus bis gegen Ravenna und Faenza vorwärts zu kämpfen vermocht. Die alliierten Landungstruppen sperren gemeinsam mit den Freiheitskämpfern Titos das südliche Jugoslawien gegen die aus Griechenland entkommenen Deutschen.

Die russische Front richtet sich immer eindeutiger zum Beginn neuer Offensiven aus. Obschon sich innerhalb der ungarischen Einheiten infolge des Sturzes Horthys Unsicherheit und Kriegsmüdigkeit immer stärker bemerkbar machen, ist der russische Angriff in schwierigem Terrain und gegen zähe deutsche Verteidigung erst nach harten Kämpfen zur unmittelbaren Bedrohung von Budapest gelangt und bedroht nun gemeinsam mit den über die Karpatenpässe vorgerückten Streitkräften nicht nur die Slowakei und das «Protectorat», sondern auch Wien. Die Nervosität, mit der die deut-

schen Machthaber den Beginn der Winteroffensive gegen Ostpreußen immer wieder als unmittelbar bevorstehend ankündigen, um damit den Verteidigungswillen im Innern neu zu entflammen, wird durch das beharrliche Schweigen noch gesteigert, in das sich die russische Heeresleitung mit aller Konsequenz und Undurchdringlichkeit noch immer hüllt. Diese Nervosität ist durch den Angriff britischer Flieger vom 12. November auf den Hafen von Tromsø noch gesteigert worden, dem das letzte deutsche Schlachtschiff «Tirpitz» zum Opfer fiel, wodurch die Gefahr eines russischen Flottenunternehmens in der Ostsee in drohende Nähe rückt. Im Hohen Norden ziehen sich die Deutschen, von Russen und Finnen ständig bedrängt, nach Norwegen zurück, wobei sie auf ihrem Marsch durch die arktischen Nächte hohe Verluste erleiden.

War die deutsche Hoffnung auf Differenzen unter den Alliierten durch den harmonischen Verlauf der Moskauer Besprechungen schon stark ins Wanken gekommen, so haben zweifelsohne die Wiederwahl des Präsidenten Roosevelt und die Wahlgewinne der amerikanischen Demokraten jede Aussicht auf eine Schwächung des alliierten Kriegswillens vernichtet. Am 27. Jahrestage der russischen Revolution hielt Stalin eine Ansprache, in der er seinen festen Willen zu enger Zusammenarbeit mit den Alliierten neuerdings betonte. Überraschend war dabei die erstmalige Anspielung auf die künftige Haltung der Sowjetunion gegenüber Japan. Die vieldiskutierte Ablehnung des schweizerischen Ersuchens um Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rußland ist offiziell mit dem Vorwurf faschistenfreundlicher Außenpolitik begründet worden. Die gleiche Begründung wurde, allerdings mit größerer Berechtigung, dem spanischen Diktator Franco zuteil, der sich um ein Mitspracherecht bei den Nachkriegsunterhandlungen beworben hatte.

In Deutschland verzichtete Hitler erstmals auf seine traditionelle Novemberrede. Statt dessen verlas der inzwischen zur eigentlichen Alleinherrschaft aufgestiegene Himmler eine angeblich vom «Führer» verfaßte Proklamation, die jedoch schwerlich dazu angetan war, die des Trostes bedürftigen «Volksgenossen» im Glauben an das Tausendjährige Reich zu bestärken, sondern mit ihren Drohun-

gen gegen den «Feind im Innern» viel eher geeignet schien, die Grundlage zu einer neuen «Dolchstoßlegende» zu bilden.

Nicht unerhebliche Schwierigkeiten haben sich in den von den Alliierten befreiten Gebieten der Entwaffnung der tapferen Kämpfer des Maquis entgegengestellt. In Frankreich und Belgien, aber auch in Griechenland weigern sich die durch reguläre Truppen abgelösten Partisanen, ihre Waffen auszuliefern, bevor ihre Ansprüche auf politischem Boden Anerkennung gefunden haben.

SCHWEIZERCHRONIK

12. Okt.: Bootskatastrophe auf dem Vierwaldstättersee: 20 Teilnehmer einer Hochzeitsgesellschaft ertrinken, darunter die Braut.
13. Okt.: Die Zahl der Arbeitslosen beträgt 2979.
14. Okt.: Andauernde Grenzverletzungen durch fremde Flugzeuge. Ein deutsches Flugzeug wirft zwei Bomben auf Schweizergebiet ab, ohne Schaden anzurichten. Ein amerikanisches Flugzeug wird zur Landung gezwungen. — Eine von gegen 10 000 Teilnehmern besuchte Großkundgebung der Gewerkschaften und Angestelltenverbände demonstriert auf dem Münsterhof Zürich für Altersversicherung, Sicherung des Arbeitsplatzes in der Nachkriegszeit, planvolle Arbeitsbeschaffung und Förderung des Exports sowie Aufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion.
15. Okt.: Gründungsparteitag der schweizerischen «Partei der Arbeit» im Volkshaus. Léon Nicole wird zum Präsidenten gewählt, Hofmaier zum Sekretär.
15. Okt.: Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei in Winterthur vor 5000 Teilnehmern.
16. Okt.: Ankunft weiterer 1300 Flüchtlinge aus Domodossola.
17. Okt.: Die ungarische Gesandtschaft in Bern stellt sich hinter Horthy und lehnt jede Verbindung mit der Szalasi-Regierung in Budapest ab.
18. Okt.: Die Zürcher Polizeidirektion trifft eine Verfügung, wonach geschlossene politische Versammlungen der im Kantonsrat vertretenen Parteien grundsätzlich nicht zu kontrollieren seien.
19. Okt.: Der Bundesrat beschließt die Entsendung einer schweizerischen Delegation an die am 1. November beginnende internationale Luftfahrtkonferenz in Washington.
20. Okt.: Das Referendum gegen die Bundesbahn-Sanierung ist mit 35 493 Unterschriften zustande gekommen. — Wie von nichtamtlicher Seite berichtet wird, verließen etwa 800 in der Schweiz internierte Angehörige der Roten Armee unser Land an der französischen Grenze. — Alt-Bundesrat Musy wird anlässlich einer Festlichkeit in Freiburg von seinen Landsleuten ausgepfiffen. — Der Bundesrat verwarnt die «Nation» wegen des Artikels von Hans Schwarz «Gustloff, der Diktator von Davos». — General Guisan feiert seinen 70. Geburtstag.
21. Okt.: Ein Schweizer Pilot stürzt anlässlich eines Übungsfluges tödlich ab.
23. Okt.: Noch immer treffen Hunderte italienischer Flüchtlinge aus Domodossola in bedauerndem Zustande in der Schweiz ein.
24. Okt.: Der schweizerische Minister de Stoutz, der unter der deutschen Besetzung seine Tätigkeit einstellte, kehrt wieder nach Brüssel zurück.
26. Okt.: Die ständerätliche Vollmachtenkommission stimmt mit allen gegen eine Stimme dem Bundesratsbeschluss über den Fähigkeitsausweis im Gewerbe zu. — 304 tschechoslowakische Militärinternierte verlassen unser Land bei Genf.
28. Okt.: Der Bundesrat erklärt eine De-jure-Anerkennung der gegenwärtigen französischen Regierung für verfrüht, da sich die Regierung de Gaulle selbst als nur provisorisch bezeichne.
29. Okt.: Das Bundesgesetz über den unlauteren Wettbewerb wird bei einer Stimmbeteiligung von 52 Prozent mit 342 847 Ja gegen 304 860 Nein vom Volke angenommen. — Amerikanische Flieger greifen einen schweizerischen Fliegerbeobachtungsposten und das Dorf Le Noirmont mit Bordwaffen und Brandbomben an. Zwei Personen werden verletzt.
30. Okt.: Vertreter der französischen und schweizerischen Eisenbahnen beschließen die Wiederaufnahme des Personen- und Güterverkehrs Frankreich

- Schweiz in vorläufig beschränktem Umfang auf Anfang November.
31. Okt.: Der Voranschlag des Bundes für 1945 schließt mit einem mutmaßlichen Defizit von 174,5 Millionen Fr. ab. — Der Bundesrat ergänzt das Bundessteuerrecht durch drei wichtige Beschlüsse zur wirksamen Unterdrückung der Steuerhinterziehung.
1. Nov.: Einflüge von Flugzeugen unbekannter Nationalität.
2. Nov.: Durch Vermittlung des Internationalen Roten Kreuzes findet in der Schweiz ein Austausch von mehreren hundert Schwerverwundeten französischer und deutscher Nationalität statt.
3. Nov.: Der Bundesrat erläßt einen Vollmachtenbeschluß zum «Schutz des schweizerischen Buchhandels gegen Überfremdung». — In Zürich begeht die Arbeiterschaft den Jahrestag der russischen Revolution in einer eindrucksvollen Feier im Volkshaus.
5. Nov.: Rußland lehnt das Ersuchen des schweizerischen Bundesrates um Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern ab. Es begründet seine abschlägige Antwort mit der in den letzten Jahren von der schweizerischen Regierung verfolgten «feindlichen und profaschistischen Politik». — Sozialistischer Sieg bei den Gesamterneuerungswahlen im Kanton Schaffhausen: die SP gewinnt 10 Mandate.
6. Nov.: Abkommen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der Uhrenindustrie auf erhöhte Teuerungszulagen und längere Ferien. — Die neue Bundesanleihe von einer halben Milliarde Franken wird stark überzeichnet.
8. Nov.: Das Justiz- und Polizeidepartement entzieht dem Luzerner Riedweg, der überzeugter Nationalsozialist und SS-Sturmbannerführer ist, das Schweizer Bürgerrecht.
9. Nov.: Schwere Grenzverletzung amerikanischer Flugzeuge: Abwurf von zahlreichen Bomben bei Rheinsfelden, die drei Todesopfer fordern. Mehrere Häuser und eine Eisenbahnbrücke sowie die Rheinbrücke Gailingen-Dießenhofen sind stark beschädigt.
10. Nov.: Bundesrat Pilet-Golaz, Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements, erklärt seinen Rücktritt.
12. Nov.: Bundespräsident Stampfli gibt bekannt, daß die Altersversicherung für den 1. Januar 1948 in Aussicht genommen werden könne. — Im Tessin wird die Volksinitiative über die Abänderung des Einbürgerungsgesetzes mit großer Stimmenmehrheit angenommen. — Walter Bringolf wird mit 75 Prozent aller Wahlstimmen als Stadtpräsident von Schaffhausen wiedergewählt.
13. Nov.: Bundesrat Kobelt gibt Erklärungen über die Heeresreform nach dem Kriege ab. Er betont die für uns selbstverständliche Beibehaltung des Milizsystems.
14. Nov.: Der Bundesrat trifft fürsorgliche Maßnahmen für die Aufnahme 14 000 jüdischer Flüchtlinge aus Ungarn.
15. Nov.: Das Waadtländer Justiz- und Polizeidepartement verbietet der Lausanner Arbeiter- und Volkspartei die Abhaltung einer Volksversammlung, für welche fünf sozialdemokratische und kommunistische Redner vorgesehen waren.